



## **A12**

# **Neue Soziale Herausforderungen bewältigen – Inflation und Energiearmut**

**Antragsteller: AsF**

**Adressat: Bundestagsfraktion  
Landtagsfraktion**

---

Die Vollversammlung möge beschließen:

- 1 Corona, Ukraine-Krise und Energiekostenkrise - die letzten beiden Jahre sind
- 2 gekennzeichnet durch Inflation, steigende Lebensmittelpreise und explodierende
- 3 Energiekosten. Für Millionen von Menschen in unserem Land wird dies zu einer
- 4 Existenzfrage, und wir steuern auf einen sozialen Konflikt zu, der die Gesellschaft vor
- 5 eine Zerreißprobe stellt.
  
- 6 Es ist zu befürchten, dass viele Menschen die steigenden Lebenshaltungskosten und
- 7 Energiekosten nicht tragen können und das Leben, das sie bisher geführt haben, so
- 8 nicht weiterführen können. Millionen von Menschen laufen Gefahr, sich durch die
- 9 steigenden Lebenshaltungskosten zu verschulden und ihre Wohnungen zu verlieren,
- 10 wenn sie die Miete oder die gestiegenen Nebenkosten nicht mehr bezahlen können.
- 11 Mieterinnen und Mieter können häufig nicht voraussehen, welche Mehrkosten im
- 12 Frühjahr 2023 bei der Abrechnung der Heizkosten auf sie zukommen. Menschen mit
- 13 einem Einkommen unterhalb des Durchschnitts wissen zurzeit nicht, ob sie es sich
- 14 leisten können, im Winter die Heizung aufzudrehen oder ob sie lieber gleich in
- 15 ungeheizten Räumen sitzen sollen. Vor allem Menschen mit niedrigeren Einkommen
- 16 bewohnen schlecht isolierte Wohnungen mit hohen Heizkosten.
  
- 17 Zu den Menschen, deren soziale Existenz gefährdet ist, gehören neben Rentnerinnen
- 18 und Rentnern, Sozialleistungsempfängern, Studierenden, alleinerziehenden Müttern
- 19 auch Angehörige von Arbeitnehmerhaushalten und kleine Selbständige. Nicht nur die
- 20 klassischen armutsgefährdeten Gruppen, sondern auch die untere Mittelschicht ist von
- 21 Armut bedroht.
  
- 22 Die hohe Inflation führt zu sozialen Verwerfungen. Besonders Haushalte mit geringerem
- 23 Einkommen, die einen großen Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Heizung
- 24 ausgeben müssen, werden von der Inflation getroffen.
  
- 25 Die bisherigen Maßnahmen des Bundes erscheinen wenig zielgerichtet und sind nicht
- 26 geeignet, eine soziale Absicherung der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen

## Ordentliche Vollversammlung am 24.09.2022

### A12: Neue Soziale Herausforderungen bewältigen - Inflation und Energiearmut Seite 2

27 sicherzustellen und den betroffenen die Furcht vor einer existenziellen Notlage durch  
28 steigende Lebenshaltungs- und Energiepreiskosten zu nehmen.

29 Die Bundesregierung hat versucht, durch diverse Entlastungspakete die Bürgerinnen  
30 und Bürger von den Folgen der Inflation und der Energiekostenkrise zu entlasten. Mit  
31 den ersten beiden Entlastungspaketen (beschlossen Mitte 2022) hat die  
32 Bundesregierung Erwerbstätige (300 €), Eltern von Kindern sowie vorübergehend  
33 Autofahrerinnen durch die Senkung der Mineralölsteuer unterstützt - für die breite  
34 Masse wurde noch das 9-Euro Ticket eingeführt. Rentnerinnen und Rentner gingen  
35 weitgehend leer aus und wurden erst beim letzten Entlastungspaket (September 2022)  
36 mit bedacht.

37 Mit dem dritten Entlastungspaket („Inflationsausgleichsgesetz“) wurde ein steigender  
38 Grundfreibetrag im Einkommensteuertarif sowie die Erhöhung des Kindergeldes  
39 beschlossen. Durch den steigenden Grundfreibetrag soll die kalte Progression abgebaut  
40 werden, die entsteht, wenn Steuerpflichtige durch Lohnerhöhungen, die die Inflation  
41 ausgleichen sollen, in einen höheren Steuertarif geraten. Privathaushalte sollen die  
42 Strommenge für einen Basisverbrauch zu einem vergünstigten Preis erhalten.

43 Die Entlastungspakete stehen in der Kritik, weil sie wenig zielgerichtet sind und bei den  
44 wirklich Betroffenen kaum spürbare Entlastungen ankommen. Entlastet werden aber  
45 auch Bezieher hoher Einkommen. Vor allem Unternehmen (wie z.B. Mineralölkonzerne)  
46 profitieren von der Senkung der Mineralölsteuer.

47 Die Einführung der Gaspreisumlage (ca. 35 Mrd. €) führt zu weiteren sozialen  
48 Verwerfungen. Mit der Gaspreisumlage will der Gesetzgeber Unternehmen  
49 (Gasimporteure) stützen und die dafür notwendigen Kosten an VerbraucherInnen  
50 durchreichen. Eine Familie mit einem Verbrauch von 20.000 kWh pro Jahr wird bei einer  
51 Gasumlage von 2,4 Cent eine Umlage in Höhe von 480 Euro netto zahlen. Auch die  
52 Senkung der Mehrwertsteuer führt zu keinen spürbaren Entlastungen: auch die  
53 Senkung der Mehrwertsteuerbelastung von 7 % auf die seit 2020 um das 2,5-fache  
54 gestiegenen Gaspreise führt für den Fiskus immer noch zu Steuermehreinnahmen  
55 gegenüber dem Stand von 2020. Anstatt die Verbraucher vor den rapiden steigenden  
56 Gaspreisen zu schützen, werden die Unternehmensrisiken diesen noch aufgebürdet.

57 Insgesamt erscheinen die Maßnahmen nicht ausreichend und auch nicht zielgerichtet,  
58 um sozialen Verwerfungen entgegenzuwirken. Wir brauchen Maßnahmen, die wirksam  
59 verhindern, dass Betroffene durch die Inflation sowie steigende Energiekosten in eine  
60 soziale Notlage geraten. Es müssen Sicherungen eingebaut werden, die Bürgerinnen  
61 und Bürger bis zu einem bestimmten Umfang nicht nur vor steigenden Stromkosten,  
62 sondern vor allem auch vor rapiden steigenden Heizkosten schützen.

## Ordentliche Vollversammlung am 24.09.2022

### A12: Neue Soziale Herausforderungen bewältigen - Inflation und Energiearmut Seite 3

63 Ein wirksames Instrument zur Begrenzung der Heizkosten für die Bürgerinnen und  
64 Bürger wäre ein Gaspreisdeckel, durch den die steigenden Preise bis zu einem  
65 bestimmten Umfang (so z.B. 50 % des Normalverbrauchs) vom Staat ausgeglichen  
66 werden. Für die Finanzierung dieser Maßnahme könnten eine Übergewinnsteuer  
67 erhoben werden für Unternehmen, die in Krisenzeiten Extraprofite erwirtschaften. Durch  
68 diese Maßnahmen könnte auch die Inflationsrate reduziert werden. Die  
69 Tarifverhandlungen würden sich dann auf den Ausgleich der Kerninflation beschränken.

70 Bei Abfederung der sozialen Folgen durch die steigende Inflation und die  
71 Energiepreiskrise sind auch die Länder und die Kommunen gefragt.

72 Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP im Rat der Stadt Remscheid  
73 haben daher im August 2022 den Antrag gestellt, einen Härtefallfonds einzurichten, um  
74 denjenigen Haushalten zur Seite zu stehen, die angesichts der explodierenden  
75 Energiepreise drohen, in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten. Die Einrichtung  
76 geschieht unter dem Vorbehalt, dass Bund und Land keine ausreichenden  
77 Hilfsangebote schaffen. Zur Finanzierung dieses Fonds wird die Gewinnausschüttung  
78 der Stadtwerke aus 2021 an die Stadt herangezogen. Die Verwaltung wird gebeten,  
79 ihrerseits auf die Mitgesellschafter der EWR zuzugehen und sie aufzufordern, sich an  
80 einem solchen Fonds zu beteiligen. Stadtwerke und Verwaltung beraten  
81 Verbraucherinnen und Verbraucher zum sparsamen Umgang mit Strom und Gas. Der  
82 Energiesparscheck der Caritas und die Beratungen der Verbraucherzentrale sind  
83 hierbei unverzichtbare Komponenten.

84 Auf der Ebene der Landespolitik bestünden vielfältige Möglichkeiten, Familien zu  
85 entlasten. Auch die Einrichtung eines Notfallfonds könnte Menschen, denen Strom- und  
86 Gassperren drohen, finanziell absichern. Die SPD-Fraktion hat bereits mehrere  
87 entsprechende Anträge im Landtag gestellt, die Landesregierung ist aber über einen  
88 Ausbau des Beratungsangebots für betroffene Haushalte nicht herausgekommen.

89 Die Mitgliederversammlung der SPD Remscheid sieht angesichts der drohenden  
90 Notlage dringenden Handlungsbedarf. Wir fordern daher die Bundesregierung auf,

- 91 • Eine Gaspreisdeckel einzuführen, um eine Überlastung der betroffenen  
92 Haushalte zu verhindern, sowie zur Finanzierung
- 93 • Eine Übergewinnsteuer bei Unternehmen, die durch die aktuelle Krise  
94 besonders hohe Gewinne einfahren, zu erheben.

95 Wir fordern die Landesregierung auf,

- 96 • Wirksame Maßnahmen zur Entlastung von Familien umzusetzen sowie
- 97 • einen Notfallfonds einzurichten, um Menschen, denen Strom- und Gassperren  
98 drohen, finanziell abzusichern.

## Ordentliche Vollversammlung am 24.09.2022

### A12: Neue Soziale Herausforderungen bewältigen - Inflation und Energiearmut Seite 4

99 Wir begrüßen die Initiative der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der FDP im Rat  
100 der Stadt Remscheid zur Einrichtung eines Härtefallfonds für Haushalte, die wegen der  
101 hohen Energiepreise in Schwierigkeiten geraten – falls keine entsprechenden  
102 Regelungen auf der Bundes- oder Landesebene erlassen werden.

103 Wir halten es in erster Linie für eine bundes- und landespolitische Aufgabe, sozialen  
104 Verwerfungen, die durch die Energiepreiskrise und die Inflation drohen,  
105 entgegenzuwirken. Die Kommunen dürfen nicht mit den notwendigen  
106 Unterstützungsmaßnahmen für in Not geratene Menschen allein gelassen werden.

107 Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht die Leidtragenden einer Energiepolitik sein,  
108 die sich vorrangig an den Interessen der Wirtschaft orientiert hat und die sich letztendlich  
109 als problematisch erwiesen hat.

110

111 Beratung: ASF Jahreshauptversammlung 10. September 2022

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: